

# Sächsisches Elbzeitung

Tageblatt für die

Sächsische Schweiz

Enthält die amtlichen Bekanntmachungen für den Stadtrat, das Amtsgericht, das Hauptzollamt Bad Schandau, Finanzamt Sebnitz. — Bankkonten: Stadtbank: Bad Schandau 12 — Ostsächsische Genossenschaftsbank Zweigniederlassung Bad Schandau — Postfachkonto: Dresden 55 527

Fernsprecher: Bad Schandau Nr. 22 — Drahtanschrift: Elbzeitung Bad Schandau

Erscheint täglich nachm. 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bezugspreis (in RM.) halbjährlich ins Haus gebracht 90 Pfg., für Selbstabholer 80 Pfg. Einzelnummer 10 bzw. 15 Pfg. — Bei Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Nachforderung vor



Tageszeitung für die Landgemeinden Altendorf, Kleingießhübel, Kleinhennersdorf, Krippen, Lichtenhain, Mittelndorf, Ostrau, Postsdorf, Postwitz, Proffen, Rathmannsdorf, Reinhardtisdorf, Schmiltz, Schöna, Waltersdorf, Wendischgraben, sowie für das Gesamtgebiet der Sächsisch-Böhmischen Schweiz

Druck und Verlag: Sächsische Elbzeitung, Alma Hiele, Joh. Walter Hiele Verantwortlich: R. Kopschapper

Anzeigenpreis (in RM.): Die 7gespaltene 35 mm breite Zeile 15 Pfg., für auswärtige Auftraggeber 20 Pfg., 85 mm breite Reklamzeile 80 Pfg. Tabellarischer Satz nach besonderem Tarif. — Bei Wiederholungen wird entsprechender Rabatt gewährt. Anzeigenannahme für alle in- und ausländischen Zeitungen

Ständige Wochenbeilagen: „Unterhaltung und Wissen“, „Unterhaltungsbeilage“, „Das Leben im Bild“

Richterweisen einzelner Nummern infolge höherer Gewalt, Streik, Aussperrung, Betriebsstörung usw. berechtigt nicht zur Kürzung des Bezugspreises oder zum Anspruch auf Lieferung der Zeitung

Nr. 41

Bad Schandau, Freitag, den 18. Februar 1927

71. Jahrg.

## Für eilige Leser.

\* Polen lehnt Sonderverhandlungen mit Deutschland über die Ausweisungsfraße außerhalb der allgemeinen Handelsvertragsverhandlungen ab.

\* General Heye, der Chef der Heeresleitung, gab im Reichshausauschuss ausführliche Erklärungen über die Gestaltung der Reichswehr ab.

\* In Frankfurt a. M. starb Kommerzienrat Karl v. Opel, der bekannte Mitbegründer der Automobilwerke Opel in Rüsselsheim.

\* Der soziale Ausschuss des Reichstages beschäftigte sich gestern mit den Vorschlägen nach der Reichsversicherungsordnung und dem Angestelltenversicherungsgezet. Die Beratung wird morgen fortgesetzt.

\* Wie aus Leningrad gemeldet wird, sind dort 15 Angestellte der Industrie-Handelsgesellschaft wegen Unterschlagungen in Höhe von etwa 3 Millionen Rubel verhaftet worden.

\* Auf der Staatsstraße von Kallenbach nach Birmaßens rastete ein auf einer Probefahrt befindliches Auto gegen einen Pfeiler und stürzte um. Von den 3 Insassen wurden 2 getötet, der dritte leicht verletzt.

## Japans Chinapolitik.

Von Dr. W. Bannert-Verlin.

Die Anerkennung der Kantonregierung durch Japan scheint völlig überfällig zu haben, weil dadurch eine indirekte Parteinahme Japans für China zum Ausdruck gebracht ist. Denn das Vorgehen Japans zeigt deutlich, daß es sich in einem Konflikt Chinas mit den Mächten freie Hand zu wahren wünscht. Dies ist das Ziel der japanischen Politik seit fünfzig Jahren, d. h. seit dem Beginn seiner Ausdehnungsbestrebungen.

Diese liegen in der geographischen Lage des Kaiserreiches begründet. Die zu ihm gehörenden Inseln bieten dem jährlich um etwa 750 000 Köpfe zunehmenden, schon auf fast 80 Millionen angewachsenen Volke keinen genügenden Nahrungsspielraum. Dazu kommt der große Mangel an den zum Aufbau einer Volkswirtschaft nötigen Rohstoffen wie Kohle und Eisen. Diese Gründe zwangen Japan, seine Augen sowohl auf die ihm benachbarten Inseln als auch auf das asiatische Festland zu richten, wo die beiden Hauptmächte China und Korea in ihrer alten Abgeschlossenheit und Apathie verharrten. Gerade hier aber befanden sich die Bodenschätze, welche Japan brauchte.

1876 schloß es mit Korea einen Handelsvertrag, China, dem sich Korea, obwohl nominell unabhängig, völlig untergeordnet hatte, versuchte dem japanischen Einfluß auf jede Weise entgegenzuwirken. Daher suchte Japan 1894 die Entscheidung mit dem chinesischen Kwaalen durch das Schwert. Der ein Jahr später auf Chinas Wunsch geschlossene Friede von Schimonoseki löste Korea aus seiner Abhängigkeit völlig heraus, gab Japan die ihm im Süden benachbarte Insel Formosa, die Halbinsel Mantschurien an der chinesischen Küste und öffnete ihm ferner vier chinesische Inlandhäfen und den Yangtze seiner Schifffahrt. Der japanische Sieg rief sofort die europäischen Mächte auf den Plan, um unter dem Vorwande, das geschlagene China zu unterstützen, ihre eigenen Vorteile zu suchen. In dem 1900 ausgebrochenen Boxeraufstand, der sich gegen die Fremden richtete, versuchte sich China der ihm aufgezwungenen Bevormundung zu entziehen, geriet aber durch ihn in völlige Abhängigkeit der Mächte. Besonders Rußland bekam durch die Gelegenheit, sich in der Mandschurei festzusetzen und von dort aus seinen Einfluß auf Korea zu erstrecken. Dadurch fühlte sich Japan in seinen lebenswichtigsten Interessen bedroht und griff, als alle Vorstellungen von Rußland hochmütig abgelehnt wurden, 1904 zu den Waffen. Vorher hatte es sich durch ein Bündnis mit England den Rücken vor allem gegen die Vereinigten Staaten gedeckt, welche China als Marktgebiet zu erobern suchten, dabei aber auf unversöhnliche Gegnerschaft Japans gestoßen waren. 1905 konnte Japan im Frieden von Portsmouth dem geschlagenen Gegner seine Bedingungen stellen. Sie brachten dem Sieger die Südhälfte der Insel Sachalin, Port Arthur mit Hinterland und die Eisenbahn von dort nach Tschangtschun sowie alle Rechte auf die in diesem Bezirk liegenden Bergwerke; China mußte im gleichen Jahr zu dieser Regelung im Peking-Abkommen seine Zustimmung geben. 1906 gründeten die Japaner auf kaiserlichen Erlaß die Südmandschurische Eisenbahngesellschaft, die gleichzeitig landwirtschaftlichen, industriellen und Handelszwecken diente und gingen in den folgenden Jahren daran, das durch den Krieg Gewonnene ihrem Lande nutzbar zu machen. 1910 annektierte Japan Korea, das zur Provinz Chosen wurde, und schloß gleichzeitig mit Rußland einen Vertrag über die Mandschurei, der deren Süden zur japanischen, ihren Norden zur russischen Interessensphäre machte. Der Ausbruch des Weltkrieges gab Japan dann den Vorwand, das deutsche Pachtgebiet Schantung mit seinen reichen Kohlen- und Eisenerzlagern zu besetzen. In einem 1915 an China gerichteten Ultimatum forderte es Anerkennung späterer Abmachungen über Schantung zwischen sich und Deutschland. China unterzeichnete aber bekanntlich das Versailles-Diktat nicht, sondern unterbreitete die Schantungfrage dem Völkerverbund mit dem Erfolg, daß die Mächte, um Japan zu schwächen, auf der Washingtoner Konferenz die Zurückgabe Schantungs an China durchsetzten. Dennoch gelang es Japan, in die früheren deutschen Rechte hinsichtlich Schantungs einzutreten und, was die Hauptsache war, sich den Rohstoffbezug aus diesem Gebiet zu sichern.

In dem Machtkampf der Generale in China konnte Japan nicht gleichgültig bleiben. Es war selbstverständlich, daß es Tschangtschun, den Beherrscher der Mandschurei, begünstigte und ihm in Oberst Wajchino einen tüchtigen Generalstabschef stellte. Damit war es Japan nicht nur möglich, die Wahrnehmung seiner Belange in der Mandschurei zu beschützen, sondern auch gleichzeitig das in China agitierende Rußland zu kontrollieren, zu dem Marschall Tschangtschun im Gegensatz steht, schon deshalb, weil die Bolschewisten seine südchinesischen Gegner unterstützen. Auch Japan hatte seit 1920 wegen der Vorkommnisse auf Sachalin scharfe Differenzen mit den Sowjets. Durch den im Februar 1925 geschlossenen japanisch-russischen Vertrag, der Japan die Konzession auf das von ihm heiß begehrte Petroleumgebiet auf Nord Sachalin gab, sind aber die Spannungen zwischen beiden Staaten beseitigt, die Sowjetregierung von der kaiserlich japanischen anerkannt und die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen worden.

Die jetzigen Erfolge der Kantonregierung gegen die fremden Mächte liegen zwar durchaus im Interesse der Japaner, sie müssen aber doch befürchten, daß sich der chinesische Nationalismus auch gegen sie, die alten Feinde, richtet. Daher stehen sie öffentlich noch auf der Seite der Mächte, welche bereit sind, ihre Rechte gegen China zu verteidigen; stehen sie neben ihren amerikanischen Feinden, die sie besonders fürchten müssen, seitdem sie ihr Bündnis mit England 1921 nicht erneuert haben. Japan steht in China allein. Und die durch die Anerkennung der Kantonregierung jetzt vollzogene Annäherung an China und das hinter diesem stehende Rußland wird für Japan nur solange Geltung haben, als ihm bei eigener Wahrung seiner Belange in China durch die Vereinigten Staaten der Rücken bedroht erscheint.

## Die Reichswehr als Volksheer

### Erziehung für den Zukunftskrieg.

General Heye über die Aufgaben der Reichswehr.

Der Chef der Heeresleitung, General der Infanterie Heye, gab bei Beratung des Haushalts des Reichswehrministeriums eine längere Darstellung der Verhältnisse in der Reichswehr. Er lege besonderen Wert darauf, so führte der Redner aus, die Reichswehr dem Volk und dem Vaterlande nahe zu bringen. Unsere kleine Reichswehr sei ein Volksheer; sie müsse Glied des deutschen Volkes und Vaterlandes sein und bleiben. Das Heer könne nicht im Frieden, noch weniger im Kriege allein stehen. Das Heer könne den Kampf nur führen, wenn das ganze Volk hinter dem Heer stehe.

### Im Zukunftskriege

sei ja der Soldat nicht die Hauptsache, sondern das ganze Volk müsse den Krieg führen. Es sei klar, daß häufig die Außenpolitik mit den Arbeiten und Zielen der Wehrmacht in einem natürlichen Gegensatz stünde. Die Außenpolitik habe für einen dauerhaften Frieden zu sorgen, die Wehrmacht sich mit allen Kräften auf den Krieg vorzubereiten. Er könne verstehen, daß eine Armee nicht nötig sei, sei sie aber da, so müsse die Armee zum Kriege im vollsten Sinne erzogen werden. Ein Freund des Krieges sei auch die Reichswehr nicht. Jeder, der den Krieg mitgemacht habe, wisse, welche Schrecken mit dem Kriege für das Vaterland verbunden seien. Er würde pflichtvergessen sein, wenn er nicht alle Eventualitäten eines künftigen Krieges erwäge und alles, soweit es im Rahmen des Verfaller Vertrages möglich sei, vorbereiten würde. Bei allem müsse man aber berücksichtigen, daß die Reichswehr in der schwersten Entwicklung stehe, daß sie aber jetzt

### auf festen Säulen steht,

dafür danken wir dem Minister Dr. Gessler und dem Generalobersten von Seect. Selbstzucht, Gehorsam und Kameradschaftlichkeit zeichnen heute die Reichswehr aus. Auch seine Ansicht ginge dahin, daß noch manches geändert werden könne. Im Grunde sei aber die Reichswehr eine gute Truppe, was auch vom Ausland anerkannt werde. Er begrüße den Vorschlag des Zentrumsabgeordneten Erfing, die Truppe bei ihren Übungen und in ihrem Kasernenleben kennenzulernen.

ihm in Oberst Wajchino einen tüchtigen Generalstabschef stellte. Damit war es Japan nicht nur möglich, die Wahrnehmung seiner Belange in der Mandschurei zu beschützen, sondern auch gleichzeitig das in China agitierende Rußland zu kontrollieren, zu dem Marschall Tschangtschun im Gegensatz steht, schon deshalb, weil die Bolschewisten seine südchinesischen Gegner unterstützen. Auch Japan hatte seit 1920 wegen der Vorkommnisse auf Sachalin scharfe Differenzen mit den Sowjets. Durch den im Februar 1925 geschlossenen japanisch-russischen Vertrag, der Japan die Konzession auf das von ihm heiß begehrte Petroleumgebiet auf Nord Sachalin gab, sind aber die Spannungen zwischen beiden Staaten beseitigt, die Sowjetregierung von der kaiserlich japanischen anerkannt und die diplomatischen Beziehungen wieder aufgenommen worden.

Die jetzigen Erfolge der Kantonregierung gegen die fremden Mächte liegen zwar durchaus im Interesse der Japaner, sie müssen aber doch befürchten, daß sich der chinesische Nationalismus auch gegen sie, die alten Feinde, richtet. Daher stehen sie öffentlich noch auf der Seite der Mächte, welche bereit sind, ihre Rechte gegen China zu verteidigen; stehen sie neben ihren amerikanischen Feinden, die sie besonders fürchten müssen, seitdem sie ihr Bündnis mit England 1921 nicht erneuert haben. Japan steht in China allein. Und die durch die Anerkennung der Kantonregierung jetzt vollzogene Annäherung an China und das hinter diesem stehende Rußland wird für Japan nur solange Geltung haben, als ihm bei eigener Wahrung seiner Belange in China durch die Vereinigten Staaten der Rücken bedroht erscheint.

### Der Kampf zwischen Nord und Süd in China.

Shanghai. Nach den letzten Nachrichten scheint der Fall Santschuan unmittelbar bevorzustehen, wenn er nicht zur Stunde schon Tatsache ist. Die Truppen des Südens sehen ihren erfolgreichen Vormarsch gegen Santschuan fort. Sie befinden sich ungefähr zehn Meilen von Santschuan entfernt, wo Hügel bereitstehen, um Santschuan anzugreifen. Man glaubt, daß Santschuan bald die Provinz Tscheking verlieren wird, wenn nicht Verstärkungen aus Schantung eintreffen. Bisher haben sich noch keine Truppen von Schantung nach der Provinz Tscheking in Bewegung gesetzt.

Kattowik. Die von polnischer Seite erhobenen Proteste gegen die Kommunalwahlen am 15. November 1926 in den ostoberschlesischen Gemeinden Kattowik, Wittow, Kattowik, Neudorf und Hohenlohehütte, die eine überwiegende deutsche Mehrheit ergeben hatten, sind vom Kattowiker Landrat als unbegründet zurückgewiesen worden, so daß die deutschen Gemeindevorsteher rechtsgültig gewählt sind.

General Heye erklärte weiter, für eine Kritik sei er immer zu haben. Es werde alles, was über die Reichswehr gesagt oder geschrieben werde, nachgeprüft, von welcher Seite es auch komme. Wenn jedoch Reformen ins Auge gefaßt würden, die eine völlige Änderung des Systems bedeuteten, so müsse er sich pflichtgemäß dagegen wenden, weil er davon nur eine Verschlechterung befürchte. So habe sich auch

### die Erfahrungsfrage

zu dem jetzigen System aus der Praxis der Truppenerfahrungen entwickelt. Das beste Verhältnis sei immer, wenn der Kompaniechef usw. mit den Anverwandten des Soldaten Fühlung habe. Die Reichswehr sei eine große Familie. Er mache keinen Unterschied zwischen den Anverwandten, nur müßte jeder den Willen haben, seine Pflichten zu erfüllen, und zum Kämpfen bereit sein. Es werde gesagt, daß

### die Reichswehr nicht republikanisch

sei. Er wisse, daß es Offiziere gebe, die die Monarchie für die bessere Staatsform hielten. Aber gerade die Offiziere, die offen ihre Überzeugung zum Ausdruck bringen, dienten treu und bewußt der Deutschen Republik, und darauf komme es doch schließlich an. Er stelle selbstverständlich keine Gewissensfrage. Dazu fühle er sich nicht verpflichtet. Mit solchen Gewissensfragen würden

### untragbare Schnüffelreiter

verbunden sein. Er erinnere an Persönlichkeiten der alten Armee, wie Deimling, Schönaich usw., die in der alten Armee es auch zu etwas gebracht hätten. Er nehme nicht an, daß diese Männer ihre Gesinnung erst nach dem Kriege gecheckt hätten. Letzten Endes komme es auf den Führer an. Es werde immer von

### Verbindung zwischen Reichswehr und Wehrverbänden

geredet. Hier gelte es, das Mißtrauen zu beseitigen. Die Verbindung bestehe allein in dem Gedanken der Wehrhaftigkeit. Man müsse sich aber darüber klar sein, daß die sogenannten Wehrverbände 1930 keinen Mann mehr hätten, die den Krieg mitgemacht hätten und noch fähig wären, einen Krieg mitzumachen. Der leitende Gedanke in den Wehrverbänden, den nationalen Gedanken zu fördern, sei gut. Im übrigen schaffe die Soldatenpielerei in den Wehrverbänden keinen für den Krieg brauchbaren Soldaten.

## Polen lehnt Sonderverhandlungen ab.

Zur Gesamterberatung bereit.

Der deutsche Gesandte in Warschau hat dem polnischen Außenministerium den offiziellen Vorschlag gemacht, gesonderte Verhandlungen über die Ausweisungsfraße aufzunehmen. Das polnische Ministerium erklärt dazu, daß es „derartige Verhandlungen leider nicht führen könne“. Die Frage des Aufenthalts und der sonstigen Rechte von Ausländern seien durch die innerpolnische Gesetzgebung, und zwar „in liberalerer Weise als in Deutschland“, geregelt. Polen habe außerdem mit keinem Staat besondere internationale Verträge über Ausweisungsfraße abgeschlossen.

Im übrigen sei Polen jederzeit bereit, die Frage des Niederlassungsrechts innerhalb der Verhandlungen über einen Handelsvertrag zu besprechen und es sei bereit, die wirtschaftlichen Verhandlungen jederzeit wieder aufzunehmen. Polen lehne es aber ab, die Regelung der Niederlassungsfrage als Vorbedingung für die Erneuerung der Wirtschaftsverhandlungen anzunehmen, nachdem man jahrelang diese Frage innerhalb der Handelsvertragsverhandlungen behandelt habe.

Zu diesen offiziellen polnischen Äußerungen wird von zuständiger deutscher Seite auf die Tatsache verwiesen, daß allein auf dem Generalkonsulat in Kattowik in einem Monat 150 Ausweisungen festgesetzt wurden, darunter ein großer Teil Arbeiter. Im übrigen brauche die polnische Äußerung nicht so aufgefaßt zu werden, daß nicht doch vor weiteren Handelsvertragsverhandlungen die Ausweisungsfraße behandelt werden könnte.

## Weitere deutsche Schritte in Warschau.

Berlin, 18. Februar. Wie aus der vorstehenden Meldung hervorgeht, hat es die polnische Regierung abgelehnt, sofortige Verhandlungen über die Niederlassungs- und Ausweisungsfraße aufzunehmen, sich aber bereit erklärt, die Handelsvertragsverhandlungen wieder aufzunehmen. Von maßgebender deutscher Seite verlautet dazu:

Deutschland hat eine ganze Reihe von Handelsverträgen geschlossen, in denen auch die Niederlassungsfrage geregelt ist. Die innere Gesetzgebung Polens über das Fremdenrecht gibt den